

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Kegelblat Nieser.  
Herausg. Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Nieser, des Finanzamts Nieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postkonto: Dresden 1580  
Straßen-Nieser Nr. 52.

Nr. 191.

Dienstag, 18. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in der Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Neulandzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife, bewilligte Rabatte erstreckt, wenn der Betrag verjährt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Nieser. Achtung! Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse angenommen. Im Falle höherer Gewalt — durch Brand oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Nieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nieser, Nieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Nieser.

## Die interalliierte Schuldenfrage.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Das Problem der interalliierten Schulden, das in der Entwicklung der europäischen Politik nach wie vor eine sehr große Rolle spielt, ist durch gewisse Vereinbarungen zwischen Chamberlain und Briand in ein neues Stadium eingetreten, das auch gewisse Rückwirkungen auf die Reparationsfrage haben kann. In Deutschland hat man daher Veranlassung, die Erörterungen über die Schuldenfrage mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wie erinnerlich, ist noch keine endgültige Reparationssumme für Deutschland vorgesehen, da sowohl das Dawesgutachten als auch die finanziellen Abmachungen der Londoner Konferenz mit Rücksicht auf das noch ungeklärte interalliierte Schuldenproblem von einer Festsetzung der gesamten Reparationssumme Abstand genommen und diese Frage für einen späteren Zeitpunkt offen gelassen haben. Von einer Einigung zwischen England und Frankreich hängt jedenfalls sehr viel ab, denn schließlich muß Deutschland in absehbarer Zeit volle Klarheit darüber gewinnen, in welcher Höhe es Reparationen zu leisten hat, und wie lange der Zustand der Reparationsverschuldung gegenüber den Alliierten andauern soll. Deutschland hat die Verpflichtungen des Dawesgutachtens auf sich genommen, weil es hofft, daß man auf diesem Wege zu einer Lösung des Reparationsproblems kommen kann, das für die künftige politische Entwicklung ständig neue Gefahren oder Konflikte mit sich bringen kann, wenn es vor Zeiten der Ständigen Konferenz Deutschlands etwa dauernd als Nachinstrument benutzt werden soll.

Nach den Mitteilungen der französischen und englischen Presse soll die französische Schuld an England auf 15 Milliarden Pfund, das sind 20 Milliarden Goldmark, ermäßigt sein. Die französische Verschuldung würde demnach erheblich abgenommen haben, so daß es schließlich auch möglich sein muß, die Gesamtverschuldung Deutschlands nach der Entschädigung der Zahlungsfähigkeit des Reiches endgültig zu regeln. Der wirtschaftliche Aufschwung, den die amerikanischen Schuldverschreibungen für Deutschland vorausgesetzt haben, ist vollständig ausgeblieben. Die amerikanischen Bankiers, die überlebenswichtig ausgerechnet hatten, daß die deutsche Industrie in den nächsten Jahren mit Milliardenüberschüssen zu rechnen hätte, wie sie wohl für die Reparationsleistungen zu betrachten kommen könnten, sind von einem vollständig falschen und einseitigen Standpunkt ausgegangen und werden durch die tatsächlichen Verhältnisse in einer geradezu katastrophalen Weise desavouiert. Dieses Unglück muß für Deutschland um so schlimmere Folgen haben, als die tatsächliche Unmöglichkeit besteht, jetzt wieder eine Revision der Londoner Zahlungsbedingungen zu fordern zu wollen. Die übernommenen Verpflichtungen müssen erfüllt werden, selbst wenn dadurch der Prozeß der Verzerrung Deutschlands riesenhafte Fortschritte machen muß. Sollte jedoch eine Regelung der interalliierten Schulden wirklich zustande kommen, so wird unter Umständen ein Wendepunkt dafür gegeben sein, auch die Reparationsfrage wieder in den Vordergrund zu stellen und neue Mittel und Wege für eine vollständige Beilegung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen zu finden. Immerhin können Jahre vergehen, ehe dieser Zeitpunkt erreicht sein wird.

Deutschland muß nun aber schon jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, um vor aller Welt darauf hinzuweisen, welche ernste Gefahren sich für die Zukunft Deutschlands ergeben, wenn der jetzt drohende Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nicht aufgehalten wird. Gerade weil wir mit Frankreich neue wirtschaftliche Vereinbarungen treffen wollen, und weil der deutsche Außenhandel durch die ungeklärten Fragen der Wirtschaftsverträge noch völlig in der Luft schwebt, ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die deutsche Leistungsfähigkeit an die Rentabilität der deutschen Wirtschaft gebunden ist. Die Verfasser des Dawesgutachtens haben diesen Grundgedanken zuerst aufgestellt, indem sie betonten, daß die von der deutschen Regierung zu leistenden Zahlungen aus den Erträgen der Wirtschaft entnommen werden sollen. Geht der Prozeß der Kapitalnot und der Verzerrung der deutschen Industrie in dem bisherigen Tempo weiter, so wird man voraussetzen müssen, daß die deutsche Regierung in wenigen Jahren genötigt sein kann, eine nochmalige Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zu fordern. Nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Dawesgutachtens ist Deutschland hierzu berechtigt, aber es wird von diesem Recht selbstverständlich nur dann Gebrauch machen, wenn kein anderer Ausweg mehr übrig bleibt. Aus all diesen Gründen ist es ein Erfordernis der deutschen Außenpolitik, sich mit allen die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme berührenden Fragen eingehend zu beschäftigen, um für weitere Eventualitäten gerüstet zu sein.

## Der Stand der Optantenfrage.

Wien. Es besteht noch immer keine völlige Klärung darüber, welche Haltung die polnische Regierung in der Frage der Zwangsausweisungen der noch in Polen verbliebenen Optanten einzunehmen gedenkt. Ministerpräsident Grabowski hat in den letzten Tagen in mehreren Interviews erklärt, daß die polnische Regierung das Wiener Abkommen zu erfüllen gedenkt und daß die Optanten, die bis zum 1. August hätten auszuwandern müssen, das Land verlassen müßten. Von dieser Ansicht würden sich etwa zweitausend bis dreitausend polnische Optanten in Polen befinden, die keinen Grund und Boden haben und daher gemäß der Wiener Konvention bis zum 1. August ds. Js. aus Polen ausgewandert sein müßten. In Deutschland halten sich noch etwa drei- bis viertausend polnische Optanten der gleichen Kategorie auf. Ob die allgemeine Ankündigung des polnischen Ministerpräsidenten in den

Interviews in die Tat umgesetzt wird, ob wirklich Zwangsausweisungen vorgenommen werden, steht bis zur Stunde noch nicht fest. Die deutsche Regierung dürfte ihre Haltung aller Wahrscheinlichkeit nach, nach dem Vorgehen der polnischen Regierung einstellen, d. h. in dem Moment, in dem Polen zu Zwangsausweisungen der Optanten greifen würde, auch ihrerseits den Rest der Optanten an die polnische Grenze abschieben. — Im Wiener Abkommen war vorgesehen, daß die Optanten ohne Grundbesitz bis zum 1. August 1925 auszuwandern hätten. Auch die Optanten, die Grund und Boden haben sind gehalten, das betreffende Land zu verlassen. Am 1. November ds. Js. sollen nach der Wiener Konvention die Optanten zum Verlassen des Landes aufgefordert werden können, deren Grundbesitz sich in einem bestimmten Grenzstreifen befindet. Diejenigen, die mehr im Innern des Landes ansässig sind, brauchen erst bis zum 1. Juli 1926 auszuwandern.

## Verminderung der Belegschaft im Schneidemühlener Optantenlager.

Wien. Am 15. August war das Optantenlager in Schneidemühl noch mit viertausenddreihundert und neunundzwanzig Personen besetzt. Da die Belegung am 3. August fünftausendachtshundert und fünfzig Köpfe betrug und vom 3. bis 14. August ein Zugana von über sechshundert Verdrängten und Optanten zu verzeichnen war, konnte ein Abgang von insgesamt dreitausendsechshundert und zwanzig Personen im Zeitraum von zwölf Tagen festgestellt werden. Aus diesem Anlaß hat der Preussische Minister des Innern, Seuring, an den Oberpräsidenten v. Bülow ein Schreiben gerichtet, in dem er mit Verbeugung von diesem Ergebnis der Vermittlung und Weiterleitung der Optanten Kenntnis nimmt und den Oberpräsidenten bittet, auch in Zukunft mit allen Kräften bemüht zu sein, die Belegungsstärke des Lagers durch Weiterleitung der Optanten nach Maßgabe der vereinbarten Richtlinien herabzumindern. Der Minister erklärt ausdrücklich, daß der Oberpräsident und seine Beamten, insbesondere Vizepräsident Rapp und Regierungsassessor Kühne in der Vorbereitung und Durchführung der Optantenaufnahme ihre volle Schuldigkeit getan haben.

## Völkische Demonstration gegen den Zionisten-Kongreß.

Wien. Trotz des Verbotes der Protektionsbehörden gegen den Zionistenkongreß sammelte sich gestern zwischen 6 und 7 Uhr die deutsch-völkische Jugend in zahlreichen Gruppen vor dem Rathaus und auf dem weiten Platz vor der Volkshalle. Eine noch durch Zugang geschlossener Formationen die Menge sich vergrößern konnte, begann die Polizei die Menge zu zerstreuen. Da sie teilweise Widerstand fand und da auch Steine geworfen wurden, sah sie sich wiederholt gezwungen, blank zu ziehen und in energischer Weise gegen die Truppe anzutreten. Hierbei wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Hauptmasse der deutsch-völkischen Jugend luden unter dem Gesang nationaler Lieder und Vorträgen über den Ring und versuchte das große Konzerthaus, wo gestern die Palästina-Ausstellung eröffnet wurde, und den Sophienpark, in dem heute der Begräbnisabend des Zionisten-Kongresses stattfindet, zu erreichen. Überall aber schon in Straßenräumen weit von den genannten Gebäuden entfernt stehen sie auf starke Polizeikräfte, die sie immer von neuem in die Seitenstraßen abdrängen und dabei die Truppe immer zerstreuen. Der Straßenverkehr in den betreffenden Stadtteilen und am Ring wurde längere Zeit empfindlich gehindert. In ersteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Wien. Die deutsch-völkischen Kundgebungen legten in den letzten Abendstunden wieder ein. Es gelang der Polizei, die Demonstranten abzudrängen. Wie verlautet, wurde eine Anzahl der Demonstranten nicht unerheblich verletzt. Im ganzen dürften sich an den fortgesetzten Kundgebungen etwa 5000 deutsch-völkische beteiligt haben. Die Zahl der Verhafteten ist inzwischen auf über 100 gestiegen.

Wien. (Funkpruch.) Eine amtliche Darstellung der Polizei bezieht sich auf die bisherigen Berichte über die gekürzten Kundgebungen. Im ganzen wurden 106 Personen wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, Aufruhrs und volkseindlichen Verhaltens festgenommen. Bei einigen Festgenommenen wurden Waffen gefunden. 21 Personen erlitten Verletzungen, meist leichter Art, darunter auch einige Polizisten.

## Rein antisemitischer Putz.

Wien. Die Meldung eines hiesigen Abendblattes, daß die für gestern Abend geplanten und von der Polizei verbotenen antisemitischen Kundgebungen der Austriä zu einem gegen die Regierung gerichteten Putz sein sollten, wird in hiesigen politischen Kreisen als unbegründet bezeichnet und zurückgewiesen.

## Französische Angriffe in Marokko.

Paris. Die Davaus aus Fez meldet, haben die französischen Streitkräfte eine umfassende Operation eingeleitet. Artillerie und Flieger haben gestern früh starkes Vorbereitungsgeschrei auf die feindlichen Stellungen gelegt. Die Operation nehme einen normalen Verlauf. Anzeichen des Abzuges der Truppen sind in bestimmten Stellen zurückzugehen.

## Der Angriff auf Alhucemas.

Paris. (Funkpruch.) Nach einer Meldung des Welt Journal aus Madrid ist es richtig, daß die spanische Regie-

zung die Absicht gehabt hat, in der Nacht von Alhucemas eine Landungsoperation vorzunehmen, aber angeht die militärische Lage und der Schwierigkeiten zur See, denen man sich gegenüber sehe, sei es möglich, daß man diese Plan aufgeben werde.

## Zur Lage in China.

London. Reuter meldet aus Hongkong: Nach privaten Meldungen aus Kanton sind dort ungefähr 3000 Ballen Rohseide und 500 Ballen Seidenabfälle nach Shanghai verladen worden. Es wird angenommen, daß ungefähr 80 Prozent aller Seidenhändler ihre Geschäfte zeitweilig nach Shanghai verlegen werden. Sozialistische Agitatoren in Kanton sollen, wie Reuter weiter meldet, erneut gegen die Ausländer und gegen den Handel mit Hongkong agitieren und ferner für die Konfiskation des privaten Eigentums und die Beseitigung des Handels eintreten.

London. Nach einer Meldung aus Shanghai beschloß eine gestern dort abgehaltene Generalversammlung der Gewerkschaften, das Abkommen zur Beendigung des Streiks in den japanischen Baumwollbetrieben zu widerrufen, falls die Arbeitgeber keine weiteren Zugeständnisse machen.

Shanghai. Ungefähr 2000 Volkbeamte sind gestern in den Streik getreten und verlangen eine wesentliche Erhöhung der Gehälter, Anerkennung ihrer Gewerkschaften durch die Behörde, sowie andere Rechte. Die zunächst ebenfalls gestellte Forderung, nach der vom Jahre 1923 an nur noch Chinesen im Postdienst angestellt werden dürfen, wurde zurückgezogen. Einige Streikende griffen einen chinesischen Geheimpolizisten an, welcher zur Waffe griff und einen Ausruf erschall. Der Polizei gelang es, die Ordnung wieder herzustellen. Eine Abteilung Marineinfanterie von dem britischen Kreuzer „Concorde“ bewacht das Postgebäude.

## Chinesischer Protest gegen die Shanghai-Kommission.

Wien. Die chinesische Handelskammer in Shanghai hat den diplomatischen Vertretern der beteiligten Mächte in Beijing einen Protest gegen die vorgeschlagene Kommission zur Untersuchung der Vorfälle bei den künftigen Unruhen in Shanghai überreicht. In diesem Protest wird erklärt, dieser Schritt habe insofern im Gegensatz zu dem allgemeinen Geistes im Verkehr zwischen agribilitären diplomatischen Vertretern, als dadurch der diplomatische und richterliche Geschäftsgang in Verwirrung gebracht werden könnte.

## Rein Sicherheitspakt im Osten.

Die östlichen Randstaaten haben vor einigen Wochen der russischen Sowjetregierung den Vorschlag unterbreitet, auch einen ost-europäischen Friedenspakt abzuschließen, der sich nicht nur auf die Regelung des territorialen Besitzstandes der beteiligten Mächte, sondern auch auf die schiedsgerichtliche Regelung aller entstehenden Streitfragen beziehen müßte. Wie wir hören, zeigt die Sowjet-russische Regierung keine Neigung, einen solchen Pakt einzugehen, da die Regelung der Grenzfragen schon seit mehr als zwei Jahren erfolgt ist und die Frage des Schiedsgerichtes nur von Fall zu Fall zu einem wirklichen Einverständnis führen könne. Ein Friedenspakt im Osten würde nur die Bestrebungen derjenigen Mächte fördern, die mit dem Gedanken einer Interventionspolitik gegenüber Rußland spielen, und die an einer sachlichen Lösung des Friedensproblems im Osten nicht interessiert seien.

## Stinnes und der Staat.

Es ist ein nicht gerade erfreulicher und den Kredit der deutschen Wirtschaft nach außen hin stärkender Zustand, daß um das Ende des großen Stinnes jetzt der Kampf der Diabolen entbrannt ist und daß dieser Kampf mit Mitteln geführt wird, die an Rücksichtslosigkeit und verächtlicher Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen. Edmund Stinnes, der infolge der Kreditperre der Großbanken, die ihrerseits wieder mit dem Stinneskongern zusammenhängen und den Besitz des Edmund Stinnes mit in die Gesamtmasse hineinziehen wollen, in die peinliche Lage versetzt worden ist, seinen Arbeitern keine Löhne auszahlen zu können, hat durch einen aufsehenerregenden Schritt zu mindestens das erreicht, daß die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Lage seines Wertes gerichtet ist. Ob die Arbeiterchaft das 2 Millionen-Geld des Dr. Stinnes annehmen soll und was sie im einzelnen damit anfangen soll, diese Fragen sind allerdings noch nicht geklärt. Immerhin ergibt sich jetzt das Bild, daß die Arbeiterchaft sich an die Seite des Besitzers der „Aga-Werke“ gestellt hat und alle Kräfte anspannen will, um eine Betriebsstilllegung dieses an sich, wie es heißt, durchaus rentierender und mit Aufträgen versehenen Wertes zu vermeiden. Gemeinsam ist Dr. Stinnes mit dem Betriebsrat seines Wertes beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vorkünftig geworden, um die Staatshilfe für diesen außerordentlich eigenartig gelagerten Fall mobil zu machen. Er konnte darauf hinweisen, daß die Arbeiterchaft sich zur Weiterarbeit bereit erklärt hat, obwohl bisher nur etwa 40-50 Prozent der Löhne ausgezahlt worden sind. Der Oberpräsident hat in seiner Eigenschaft als Demobilisationskommissionar versprochen, sich bei den in Frage kommenden Stellen der Preussischen Staatsbank sowie der Reichskreditgesellschaft für eine Diskonkurrenz einzusetzen. Es scheint das Schicksal des Namens Stinnes zu sein, ständig das öffentliche Interesse zu beschäftigen.